Unsere Zukunft in Flehe



## FLEHER BÜRGER-INTERESSENGEMEINSCHAFT=FB-I



DSdD im Gespräch mit

Uwe Warnecke Bündnis 90 / Die Grünen



Im Vorfeld der Bundestagswahl am 22.09.13, erkundigt sich DSdD beim GRÜNEN-Spitzenkandidaten im Wahlkkreis Düsseldorf Süd, Uwe Warnecke, nch seinen Ansichten und Standpukten.

Zuerst stellen wir zum näheren Kennenlernen einige persönliche Fragen.

**DSdD:** 2013 warten auf Sie noch zwei besondere Ereignisse: Der Bundestagswahlabend im September und Ihr 50ster Geburtstag im Dezember.

In welchen Monat werden bei Ihnendie Sektkorken lauter knallen?

Herr Warnecke: Im September

**DSdD:** Seit wann sind Sie Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und welche politischen Überzeugungen wirkten auf Sie so stark, dass Sie den GRÜNEN beitraten?

Herr Warnecke: Ich bin seit 2009 Mitglied. Bereits während meiner Jugendverbandsarbeit in der KJG/dem BDKJ habe ich mich inhaltlich mit der Friedensbewegung, der Dritte Welt Arbeit, der Umweltpolitik, mit der Fremdenfeindlichkeit, der historische Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Düsseldorf, etc befasst. Ebenso hatte ich Begegnungen mit Menschen aus der ehemaligen DDR, die mich an der Überwindung der Teilung Europas teilhaben ließen. Ich war damit Teil der Grünen Bewegung ohne der Partei beigetreten zu sein.

In den letzten Jahren haben sich die Grünen zunehmend den Fragen der sozialen Gerechtigkeit zugewandt. Als Rechtsberater beim Mieterverein Düsseldorf e.V. wurde mir bewußt, dass aufgrund der erheblich ansteigenden Wohnkosten in Städten wie Düsseldorf eine soziale, gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik gefördert werden muss. Es hat mich nicht überrascht, dass die von mir favorisierte Partei, Bündnis 90/Die Grünen hierzu bereits qualifiziert und personell auch in Düsseldorf breit aufgestellt war und das "Kümmern" um die sozialen Interessen von Benachteiligten im Focus steht.

**DSdD:** Uwe Warnecke, Sie kandidieren ohne Landeslistenplatz, so dass Sie den Wahlkreis holen müssten, um MdB zu werden.

Wie motivieren Sie sich für den nebenberuflichen ehrenamtlichen Wahlkampfstress und wie groß ist Ihre Zuversicht, die meisten Erststimmen anvertraut zu bekommen?

*Herr Warnecke:* Mit meiner Leidenschaft, Mitmenschen dazu zu bewegen, sich für andere oder ihre eigenen Interessen einzusetzen, motiviere ich mich.

Ich setze darauf, dass die wachsende Zustimmung für Bündnis 90/Die Grünen sich fortsetzt. Mein Engagement könnte sich positv auswirken.

**DSdD:** Auf welche Themen konzentrieren Sie Ihren Wahlkampf?

Herr Warnecke: Meine Schwerpunkte liegen auf dem Einsatz für bezahlbares klimaschonendes Wohnen, eine verbesserte Gesundheits- und Pflegefinanzierung mit Hilfe einer Bürgerversicherung, die Einführung einer Kindergrundsicherung sowie einer Garantierente zur Bekämpfung der Altersarmut.

**DSdD:** Welche Möglichkeiten werden Sie in den kommenden Wochen zur Verbesserung Ihres Bekanntheitsgrades nutzen, damit Sie beim Werben um die Erststimmen mit Ihren persönlichen Konturen besser wahrgenommen werden?

Herr Warnecke: Durch meine Präsenz und Transparenz in Einrichtungen, auf der Straße und in den Wohnstätten werde ich zur Erweiterung meines Bekanntheitsgrades beitragen.

**DSdD:** Es hat den Anschein, dass Ihnen wenig Freizeit zur Verfügung steht.

Sie sind Rechtsanwalt, Mitglied in der Bezirksvertretung 03, rückten während der laufenden Legislatur in den Stadtrat nach, um nur einige Ihrer Betätigungsfelder zu nennen.

Mit welchen Hobbis verschaffen Sie sich den nötigen Schwung, um letzt endlich auch den Kopf wieder frei zu bekommen?

Herr Warnecke: Ich erlebe die von mir derzeit ehrenamtlich ausgeübte Politik auch als ein Hobby neben meiner Familienforschung. Leider beschränkt sich die Verfolgung der Spiele von Fortuna Düsseldorf derzeit oft nur auf s Radiohören.

**DSdD:** 25% der Bundestagsabgeordneten weisen mit Ihnen eine Gemeinsamkeit auf: Sie sind Rechtsanwälte. Haben Sie eine Erklärung, warum der BGH während dieser Legislatur so viele Gesetze kassiert hat, wie wohl noch niemals zuvor?

Herr Warnecke: Vielleicht haben sich die Kollegen der angesprochenen Berufsgruppe in ihrer Berufspraxis zuwenig mit dem öffentliche Recht bzw. dem Verfassungsrecht befassen müssen. Die Verfassungsrichter des BVerfG wären dann klar im Vorteil.

**DSdD:** Sie nehmen sich insbesondere der Wohnungspolitik an. In Düsseldorf, so u.a. Landesbauminister Michael Groschek, ist das Wohnraumangebot für Personen mit schmalen Einkünften zu gering, die Schaffung neuer Wohnungen bedient vorrangig Personen mit größeren finanziellen Handlungsspielräumen. Wo liegt für Sie der Quadratmeterpreis für Geringverdiener und lassen sich Neubauvorhaben für Personen mit niedrigen Einkünften ohne öffentl. Subventionen realisieren?

*Herr Warnecke*: Bei 5.00 €/qm Netto bei vollzeitigen Beschäftigung mit Mindestlohn von 8.50 €/St. . In Düsseldorf ist dies ohne öffentliche Subventionen nicht möglich.

**DSdD:** Wenn es also zutrifft, dass das Wohnraumangebot für Geringverdiener nicht ausreicht, bedarf es zeitnah wirksamere Instrumente als bisher, um Städte wie Düsseldorf für mehr soziale Ausgewogenheit in die Pflicht zu nehmen.

Wie sollten diese Instrumente Ihrer Überzeugung nach aussehen, bzw. welche grundsätzliche Lösungen schweben Ihnen vor?

Herr Warnecke: Bei Neubauvorhaben bedarf es einer bindenden Quote von mindestens 20%, besser 30% für den öffentlichen Wohnungsbau. Öffentliche Grundstücke müssen vom Bund, Land oder Gemeinde preiswerter ohne Höchstgebot hierfür zur Verfügung gestellt werden. Im Bestand muss eine Mietpreisbremse die Neuvermietung auf etwa 10% über dem örtlichen Mietspiegel begrenzen. Die Erfassung des Mietspiegels nach § 558 BGB muss auf die Veränderungen mindestens der letzten 10 Jahre (nicht mehr auf nur 4 Jahre!) erweitert werden. Die Modernisierungsumlage kann auf 9% der Modernisierungskosten herabgesetzt werden. Das Wohngeld muss einen energetischen Zustandsbonus erhalten. Auch die Bemessung der Kosten der Unterkunft sollte den energetischen Zustand berücksichtigen, damit Haushalte mit geringen Einkünften nicht aus modernisierten Wohnungen verdrängt werden. Die Eigeninitiative etwa durch gemeinwohlorientierte Bau- und Wohngruppen muss gefördert werden. Hierzu braucht es Beratungsangebote. Ebenso bedarf es einer Stärkung des Programms "Soziale Stadt".

**DSdD:** Günstigere Wohnungen haben häufig ein wohl eher unattraktives Umfeld, wie z.B. stark befahrene Straßen.

Es fällt auf, dass die Zuständigkeiten auf überschrittene Luftschadstoffwerte, jedoch so gut wie nie auf überschrittene dB(A)-Grenzwerte reagieren.

Welche Ursachen liegen Ihrer Meinung nach dieser Vorgehensweise zugrunde und haben Sie für die belärmten Anwohner politische Angebote, die der Daseinsfürsorge im Sinne der Gesundheitsbewahrung gerecht werden?

Herr Warnecke: Neben der Luftverschmutzung ist der Verkehrslärm der zweitgrößte Verursacher von Gesundheitsrisiken. Über elf Millionen Menschen sind davon betroffen – tausende davon in Düsseldorf. Vielen Menschen, die an lauten Straßen oder Schienenstrecken wohnen, werden um Schlaf und Gesundheit gebracht und haben bisher keine Perspektive, wie sich das ändern könnte. Bisher besteht keinerlei Schutz vor Straßen- oder Schienenlärm an bestehenden Strecken. So weit, so schlecht. Um dies zu ändern, haben wir GRÜNEN Vorschläge vorgelegt, um endlich aktiv gegen Straßen- und Schienenlärm vorzugehen. Wirksame Maßnahmen zum Schutz vor Fluglärm gehören ebenso zur GRÜNEN Programmatik.

Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Anspruch auf die Ausweisung von Lärmsanierungsgebieten zu schaffen, und zwar dann, wenn ein Gesamtlärmpegel von 65 dB (A) (tags) bzw. 55 dB (A) (nachts) überschritten wird. Eine zuständige Behörde soll dann mit Bürgerbeteiligung Lärmminderungsmaßnahmen entwickeln und umsetzen.

Mit der angestrebten Regelung soll endlich ein nachvollziehbares Verfahren zut Lärmminderung an lauten Verkehrswegen geschaffen werden. Denn viele Menschen haben bisher keinerlei Perspektive, wie sich ihr unhaltbarer Wohnzustand ändern könnte. Das Kernploblem beim Schutz vor Verkehrslärm ist der fehlende Anspruch auf Lärmminderung an bestehenden Verkehrswegen. Die Mittel zur Lärmsanierung werden bisher nur als freiwillige Leistung im Rahmen der verfügbaren Bundeshaushaltsmittel und nur für Straßen in der Baulast des Bundes und Schienenwege der Deutschen Bahn AG gewährt. Wer an einer bestehenden lauten Straße oder Schienenstrecke wohnt, hat damit selten eine Aussicht auf Verbesserung seiner Situation. Das akzeptieren wir GRÜNE nicht.

**DSdD:** Nennen Sie bitte die aus Ihrer Sicht vier wichtigsten Argumente, warum die Wählerinnen mit ihrer Zweitstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wählen sollten.

*Herr Warnecke:* Wir schaffen eine saubere sichere und bezahlbare Energieversorgung in Bürgerhand mit 100% Erneuerbarer Ernergie.

Wir führen einen allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 € und machen endlich Schluss mit Löhnen, von denen niemand leben kann.

 $\label{thm:continuous} Wir \ k\"{a}mp fen \ f\"{u}r \ bezahlbares \ und \ klimaschonendes \ Wohnen \ f\"{u}r \ alle \ B\"{u}rgerinnen \ und \ B\"{u}rger.$ 

Wir führen eine Garantierente zur Bekämpfung der Altersarmut ein.

**DSdD:** Sind für Sie die erhaltenen Zweitstimmen wichtiger, als die auf Sie entfallenen Erststimmen?

Herr Warnecke: Mit der Zweistimme für Bündnis 90/Die Grünen stimmen Sie für starke Grüne im Bundestag. Die mit der Erststimme gewählten Abgeordneten können trotz ihrer Parteipräferenz die Interessen der Menschen des jeweiligen Wahlkreises im Besonderen vertreten.

**DSdD:** Einigen der von den Bundes-GRÜNEN erhobenen Forderungen, kam Kanzlerin Merkel nach, wenngleich Sie wie beim Atomausstieg, erst aus Schaden klug wurde, oder einige Karlsruher Entscheidungen den Forderungen der Bundestagsopposition näher waren, als den von der schwarz/gelben Mehrheit verabschiedeten Gesetzesgebungen.

Warum braucht es rot/grün, wenn Frau Merkel mit Verzögerung in die richtige Richtung kippt, was für eine schwarz/grüne Option sprechen dürfte.

Herr Warnecke: Die "Kippfähigkeit" einer Kanzlerin, die ihr Amt auf Zeit wegen Ablauf der Wahlperiode aufzugeben hat, halte ich nicht für aussagekräftig bezüglich einer Koalitionsprognose. Erfreulich ist, dass das breit aufgestellte Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen nach seiner Veröffentlichung von allen im Bundestag vertretenen Mitbewerbern aufmerksam kommentiert wurde, oft nach dem Motto, "so ähnlich wollen wir das ja auch". Handlungsbedarfe bei den hohen Wohnkosten, der Pflegesituation und Finanzierung der Rente, den prekären Beschäftigungsverhältnissen, der Atommüllentsorgung, der Energiewende sind allen Verantwortlichen klar. Um die Stellschrauben wird gerungen werden müssen und dies respektvoll und ideologiefrei. Ich bin zuversichtlich, dass dies meiner Partei und ihren Vertretern sowohl in den Koalitionsverhandlungen mit denjenigen, die sich auf unsere Inhalte einlassen wollen, als auch in der alltäglichen parlamentarischen Arbeit mit noch mehr Stimmengewicht gelingen wird.

**DSdD:** Uwe Warnecke, was haben die Wählerinnen davon, wenn sie Ihnen und nicht den anderen Kandidaten im Wahlkreis Düsseldorf Süd, ihre Erststimme anvertrauen?

Herr Warnecke: Sie gewinnen einen Wahlkreisabgeordneten, der eine neue transparente Beteiligungskultur entwickeln, der regelmäßig sichtbar Mitwirkungsforen in Düsseldorf während der Wahlperiode zur Verfügung stellen möchte.

**DSdD** bedankt sich bei Ihnen für Ihre Auskünfte.

Wer jetzt noch mehr über das Wahlprogramm der GRÜNEN und über den Direktkandidaten Uwe Warnecke erfahren möchte, erfährt dies im Netz.

Wo genau, verrät unser Gesprächsgast.

Herr Warnecke: www. uwe-m-warnecke.de

www.gruene-duesseldorf.de